

# **IM AUFTRAG DER FAMILIE!**

**Politik von A bis Z für Klein und Groß**



**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## **IMPRESSUM**

### **Herausgeberin:**

SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

### **Bezug:**

SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
oder unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

### **Text:**

Marion Binder und Stefan Hintermeier

### **Bilder:**

BilderBox Bildagentur GmbH (S. 4, 15, 21)  
Strandperle Medien Services e.K. (S. 17, 23, 29, 31)

### **Gestaltung:**

Zum goldenen Hirschen Berlin GmbH, Schlesische Straße 26, 10997 Berlin oder unter [www.hirschen.de](http://www.hirschen.de)

Oktober 2007

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information.  
Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

# **INHALT**

<b>STARKE FAMILIEN</b>	Seite <b>6</b>
<b>GUTE BILDUNGSCHANCEN</b>	Seite <b>9</b>
<b>VEREINBARKEIT VON FAMILIE UND BERUF</b>	Seite <b>13</b>
<b>AKTIVE VÄTER – AKTIVE PARTNER</b>	Seite <b>17</b>
<b>MEHR ZEIT FÜREINANDER</b>	Seite <b>18</b>
<b>EINE FAMILIENFREUNDLICHE ARBEITSWELT</b>	Seite <b>19</b>
<b>GUTE FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG</b>	Seite <b>20</b>
<b>WIRKUNGSVOLLE ARMUTSVERMEIDUNG</b>	Seite <b>22</b>
<b>EIN GUTER START INS BERUFSLEBEN</b>	Seite <b>24</b>
<b>UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE ZWEITE CHANCE</b>	Seite <b>28</b>
<b>STARKE ELTERN</b>	Seite <b>30</b>
<b>PASSGENAUE HILFEN</b>	Seite <b>31</b>



Kinder bedeuten Lachen, Lebensfreude und Glück. Sie machen eine Gesellschaft menschlich und reich, geben ihr Hoffnung und Zukunft. Deshalb ist eine unserer wichtigsten Aufgaben, Familien gute Rahmenbedingungen zu verschaffen, damit Kinder sorgenfrei aufwachsen können. Politik muss für hervorragende Bildungschancen für die Kinder und die Verwirklichung der Lebensvorstellungen ihrer Eltern sorgen. Sie muss die Entscheidung für Kinder bei Frauen und Männern unterstützen und Familien in die Lage versetzen, selbständig und eigenverantwortlich zu leben.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind die Familien- und die Bildungspolitik Topthemen. Unser Ziel ist, eines der kinder- und familienfreundlichsten Länder Europas zu werden. Dazu brauchen wir für all unsere Kinder beste Bildungschancen. Wir wollen wieder Mut machen, Kinder zu bekommen, und wir wollen, dass Kinder auch in materieller Sicherheit leben können. Wir sorgen dafür, dass sich Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren lassen und dass Väter sich genauso an der Familienarbeit beteiligen wie Mütter. Die SPD-Bundestagsfraktion arbeitet daran, dass die Arbeitswelt familienbewusster wird.

Deshalb haben wir bereits 1998 begonnen, Familien zeitgemäß und wirkungsvoll zu unterstützen. Aber auch in der Großen Koalition sind wir der Motor für moderne, nachhaltige und zielgenaue Hilfen für Eltern und ihre Kinder. Davon können Sie sich mit dieser Broschüre selbst ein Bild machen.

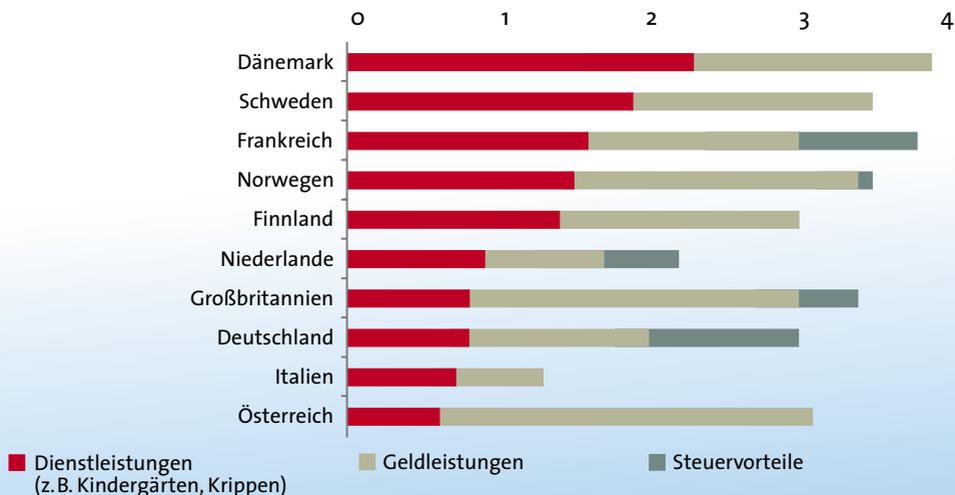
Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen und Studieren!

**DIE HERAUSFORDERUNG: EINSEITIGE FAMILIENPOLITIK**

Familien verdienen die beste Unterstützung. Deshalb müssen wir uns besonders anstrengen. Wir geben zwar im internationalen Vergleich viel für Familien aus, erzielen damit aber keine überzeugenden Ergebnisse. Eine UNICEF-Studie von 2007 zur Situation von Kindern in Industriestaaten stellt der deutschen Familienpolitik kein gutes Zeugnis aus: Wir sind eines der reichsten Länder, vermögen aber unseren Kindern nur mittelmäßige Lebensbedingungen zu verschaffen. Vor allem an Bildungschancen hapert es.

Der wesentliche Grund: Die westdeutsche Familienpolitik war lange Zeit zu einseitig ausgerichtet. Das Leitbild war jahrzehntelang das verheiratete Paar mit zwei Kindern, dem alleinverdienenden Vater und der Mutter, die auf Erwerbstätigkeit verzichtet. Die Folge war, dass Familien vor allem finanziell unterstützt wurden. Investitionen in eine Infrastruktur, die eine partnerschaftliche Teilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen den Eltern ermöglicht hätte, wurden vernachlässigt. Kinderbetreuungsplätze und Ganztagschulen waren und sind bis heute Mangelware, vor allem in den alten Bundesländern. Hier stehen für nur etwa sieben Prozent der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze in Einrichtungen zur Verfügung (Quelle: TAG-Bericht der Bundesregierung 2007).

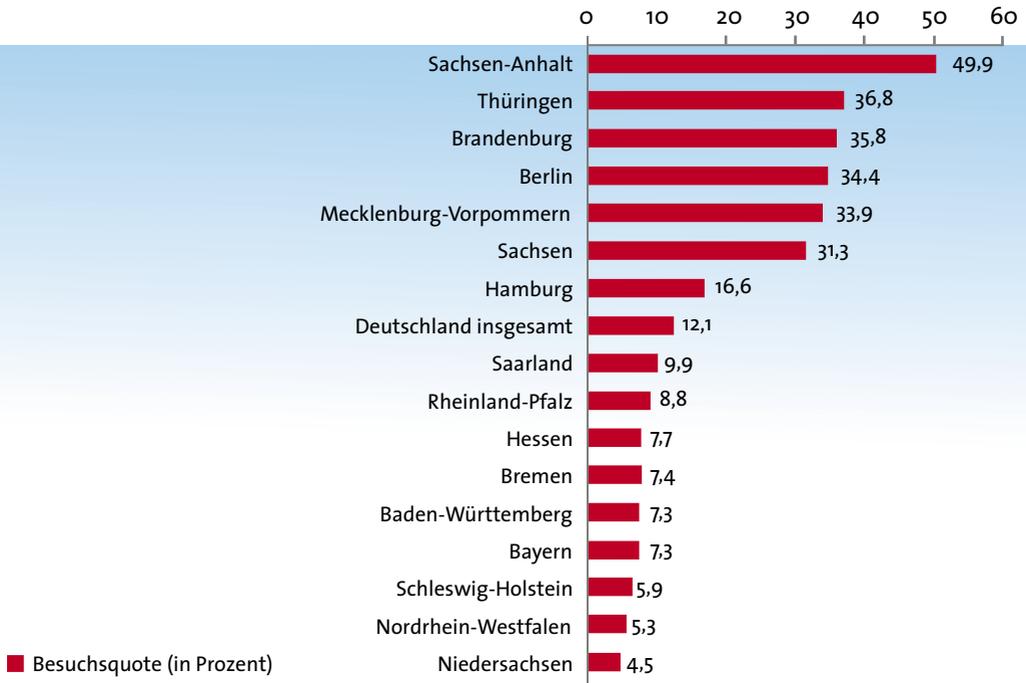
**ÖFFENTLICHE AUSGABEN FÜR FAMILIEN (IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTS 2003)**



Quelle: OECD, so zitiert im SPIEGEL-Special „Sehnsucht nach Familie“, 2007

In ländlichen Regionen ist ein entsprechendes Angebot kaum vorhanden. Aber auch in vielen bestehenden Einrichtungen gibt es Probleme: Die Öffnungszeiten sind nicht flexibel genug, Vollzeitplätze sind selten und die Beschränkung auf Halbtagsangebote an den meisten deutschen Schulen passt nicht zur Arbeitswelt berufstätiger Eltern.

## BETREUUNGSPLÄTZE FÜR KINDER UNTER DREI JAHREN



## VIELFALT VON FAMILIEN WAHRNEHMEN UND RESPEKTIEREN

Die traditionelle Familienpolitik passt nicht (mehr) zur Lebenswirklichkeit von Familien. Die Ehe mit zwei Kindern und einem Alleinverdiener ist nur ein Familienmodell unter vielen. Daneben ist vor allem die Anzahl der Alleinerziehenden enorm angestiegen. Auch der Trauschein ist keine Selbstverständlichkeit mehr. 30 Prozent aller Kinder werden mittlerweile nicht ehelich geboren (Stand 2005). Patchworkfamilien, in denen Eltern mit Kindern aus früheren Verbindungen sowie teilweise mit gemeinsamen Kindern zusammenleben, gewinnen ebenfalls immer mehr an Bedeutung.

3,2 Millionen aller Kinder lebten im Jahr 2005 entweder bei ihrer alleinerziehenden Mutter bzw. Vater oder in Patchworkfamilien. Und diese Zahl steigt weiter an.

Auch die Wünsche der jungen Menschen haben sich geändert. Nur noch fünf Prozent der jungen Frauen wollen ausschließlich Mutter und Hausfrau sein. Die Mehrheit möchte beides: Erfüllung finden in Familie und Beruf. Junge Frauen investieren mittlerweile viel Zeit, Engagement und Geld in ihre Ausbildung. Ihre Qualifikationen wollen sie dann auch nutzen.

Und umgekehrt wollen immer mehr junge Männer nicht mehr nur für den Beruf leben. Sie wollen nicht nur Ernährer für ihre Familie, sondern auch liebevolle und aktive Väter sein.

### **TRADITIONELLE FAMILIENPOLITIK MIT UNERWÜNSCHTEN NEBENWIRKUNGEN**

Diesem gesellschaftlichen Wandel hat die konservativ-liberale Regierung von 1982 bis 1998 nicht Rechnung getragen. Die mangelhafte Infrastruktur für Familien, die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben deshalb unerwünschte Folgen: Deutschland schneidet nicht gut ab bei den Bildungschancen der Kinder, bei der Frauenerwerbstätigkeit, bei der Geburtenrate und bei der Armutsvermeidung.

### **UNSERE LÖSUNG: FAMILIEN BRAUCHEN MEHR**

Mit diesen Ergebnissen konnten wir uns nicht zufriedengeben. Deshalb hat die SPD-Bundestagsfraktion seit 1998 die Familienpolitik in Deutschland umgekrempelt. Wir haben sie modern gemacht und der Wirklichkeit angepasst. Und diesen Prozess setzen wir auch in der Großen Koalition fort.

Die einseitige Ausrichtung deutscher Familienpolitik auf finanzielle Förderung haben wir beendet. Familien brauchen mehr: Sie brauchen einen Mix aus Geld, Infrastruktur und Zeit. Sehen Sie selbst!

## **DIE HERAUSFORDERUNG: UNGLEICHE BILDUNGSCHANCEN**

Bildung ist das Wichtigste, das wir unseren Kindern mit auf den Weg durch ihr Leben geben können. Denn Bildung ist der Schlüssel für Teilhabe, Erwerbstätigkeit und Selbstbestimmung.

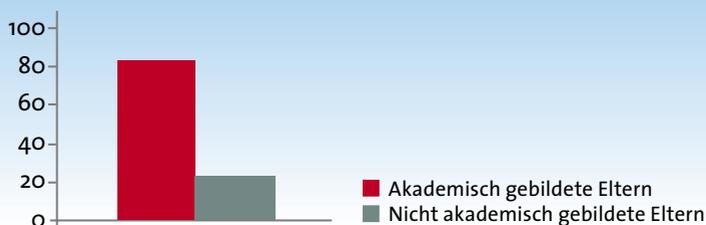
Leider weist das Bildungssystem in unserem Land noch immer deutliche Mängel auf. Bei den letzten internationalen Schulleistungsvergleichen hat Deutschland schlecht abgeschnitten. Und: In keinem anderen Land bestimmt die soziale Herkunft eines Kindes so stark über seine Bildungschancen wie bei uns. Einkommen, Bildung und ethnische Herkunft der Eltern entscheiden über den Bildungserfolg der Kinder. Hierzu einige Zahlen.

- Ein Kind aus einer Arbeiterfamilie hat in Deutschland sechsmal schlechtere Chancen, das Abitur zu erlangen, als ein Kind aus einer Akademikerfamilie. In Bayern sind die Chancen sogar zehnmal schlechter.
- Von 100 Kindern aus Akademikerhaushalten finden 83 den Weg in die Hochschulen, von den Kindern nicht akademisch gebildeter Eltern sind es nur 23.
- Jugendliche mit Migrationshintergrund haben es deutlich schwerer, höhere Schulabschlüsse zu erlangen, einen Ausbildungsplatz zu finden oder ein Studium aufzunehmen. 37 Prozent der Migranten/-innen im Alter zwischen 20 und 29 Jahren haben keine berufliche Ausbildung.

Die bildungspolitische Herausforderung ist deshalb, unseren Kindern bessere Bildungschancen zu ermöglichen und für mehr Chancengleichheit in der Bildung zu sorgen. Experten sind sich einig: Ein Schlüssel zu besseren und gleichen Bildungschancen liegt in der frühen individuellen Förderung von Kindern. Doch genau die kommt bei uns wegen des Mangels an vorschulischen Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen zu kurz.

Andere Länder machen das besser: Die Kompetenzen der Kinder werden gefördert, ihre individuellen Schwächen früh erkannt und unabhängig vom familiären Hintergrund ausgeglichen.

## STICHWORT UNGLEICHE BILDUNGSCHENCEN: ANTEIL STUDIERENDER KINDER VON AKADEMISCH UND NICHT AKADEMISCH GEBILDETEN ELTERN (IN PROZENT)



Quelle: Deutsches Studentenwerk, Juni 2007

## UNSERE LÖSUNG: GUTE BILDUNG UND BETREUUNG VON ANFANG AN

### GUTE BETREUUNG AB EINS!

Studien belegen: Vom frühen Besuch einer guten Kindertageseinrichtung profitieren alle Kinder. Wir setzen uns deshalb für einen bedarfsdeckenden Ausbau qualitativ guter Kindertagesstätten und für mehr Ganztagschulen ein. Beides verbessert die Bildungschancen für alle Kinder.

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) hat die SPD-Bundestagsfraktion bereits in der letzten Legislaturperiode den Grundstein dafür gelegt, dass in Deutschland endlich ein ausreichendes und gutes Angebot an Kinderbetreuung geschaffen wird. Gesetzliches Ziel sind 230.000 Plätze bis 2010.

Das war ein erster wichtiger Schritt. Doch wir müssen die Kinderbetreuung noch stärker und schneller ausbauen. Der im Sommer 2007 beschlossene bedarfsdeckende Ausbau der Kinderbetreuung ist ein Meilenstein für die deutsche Familienpolitik. Der Bund wird sich dauerhaft an den Kosten des Betreuungsangebots beteiligen. So kann die Zahl der Betreuungsplätze auf 750.000 im Jahr 2013 gesteigert werden.

Kinder brauchen andere Kinder. Wir wollen Kindertagesstätten zu selbstverständlichen Orten für Kinder machen. In einem Lebensumfeld, in dem es oft an Geschwistern oder Nachbarkindern mangelt und in dem das Spielen „auf der Straße“ nicht mehr möglich ist, gewinnen KiTas für die Kinder an Bedeutung.

Und damit auch jedes Kind die Möglichkeit hat, einen KiTa-Platz zu bekommen, haben wir den Rechtsanspruch durchgesetzt. Alle Eltern haben die Garantie auf einen Platz für ihr Kind, der Rechtsanspruch wird ab 2013 für alle Kinder ab dem ersten Geburtstag gelten. Damit Länder und Kommunen den Rechtsanspruch gewähren können, werden sie schon ab 2008 Jahr für Jahr – mit der finanziellen Unterstützung des Bundes – mehr Plätze schaffen.

## VERBESSERUNG DER BETREUUNGSQUALITÄT – DIE KEHRSEITE DER MEDAILLE

Die Verbesserung der Betreuungsqualität ist ein ebenso wichtiges Ziel. Die Anforderungen wachsen, deshalb müssen wir für bessere Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher sorgen. Das sozialdemokratisch regierte Rheinland-Pfalz geht hier mit gutem Beispiel voran, z. B. bei der Sprachförderung. Ganz wichtig ist auch, mehr Männer für den Erzieherberuf zu gewinnen. Denn gerade Jungen brauchen für ihre Entwicklung männliche Rollenvorbilder.

## GEBÜHRENBEFREIUNG DER KINDERBETREUUNG IN DEN LÄNDERN

KiTa-Beiträge dürfen nicht abschrecken, an Bildung sollen alle gleichermaßen teilhaben können. Hierüber darf nicht der Geldbeutel der Eltern entscheiden. Deshalb streben wir die Gebührenfreiheit der Kinderbetreuung an. Sozialdemokratisch regierte Bundesländer zeigen, wie es geht. In Berlin ist seit 2006 das letzte KiTa-Jahr gebührenfrei. Und Rheinland-Pfalz hat als erstes Bundesland die Gebührenfreiheit für den kompletten Kindergartenbesuch beschlossen.

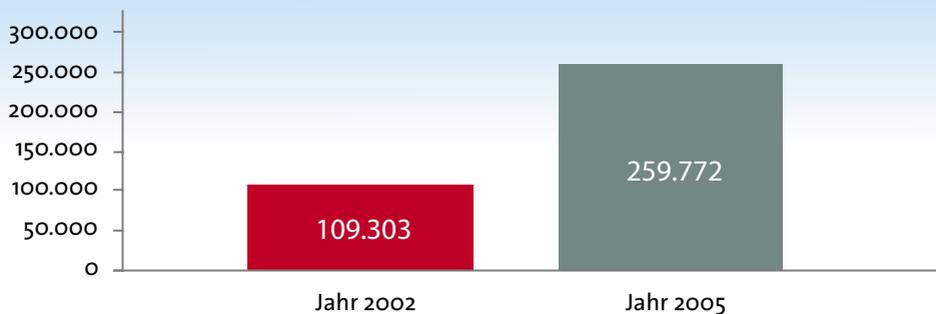
## GANZTAGSSCHULEN: DEN GANZEN TAG GEMEINSAM LERNEN UND SPASS HABEN

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt auf Ganztagschulen. Denn sie ermöglichen eine bessere individuelle Förderung. Mehr Zeit bedeutet, dass auf die unterschiedlichen Stärken, Interessen und Voraussetzungen des einzelnen Kindes eingegangen werden kann. Ganztagschulen leisten auch die bessere Verzahnung von Unterricht und außerschulischen Bildungs- und Freizeitangeboten. Schließlich helfen sie den Eltern, Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Mit dem Ausbau von Ganztagschulen nähert sich Deutschland den europäischen und internationalen Maßstäben schulischer Betreuung von Kindern und Jugendlichen an.

Mit dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) hat die SPD-geführte Regierungskoalition im Jahr 2003 das größte Schulbauprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik gestartet. Der Bund unterstützt die Länder bis 2009 mit insgesamt vier Milliarden Euro beim Auf- und Ausbau des Ganztagschulangebots – ein wichtiger Impuls für die Erneuerung des deutschen Schulsystems.

Alle 16 Länder erhalten Mittel aus dem Programm, ein flächendeckender Ausbau des Ganztagschulangebots wurde auf den Weg gebracht. Bisher profitieren rund 6.400 Ganztagschulen von den Bundesmitteln. Das Geld bleibt bis zum Ende dieser Legislaturperiode abrufbar, dafür haben wir uns in der Koalition eingesetzt. Jetzt sind die Länder aufgefordert, diese Investitionen sinnvoll zu nutzen, z. B. durch die Bereitstellung zusätzlicher Lehrer/-innen und Betreuer/-innen.

## POSITIVE ENTWICKLUNG: MEHR SCHÜLERINNEN UND SCHÜLER AN GANZTAGSSCHULEN



Quelle: BMBF 2007

## AUSBAU DER GANZTAGSSCHULEN DURCH DAS INVESTITIONSPROGRAMM (IZBB)

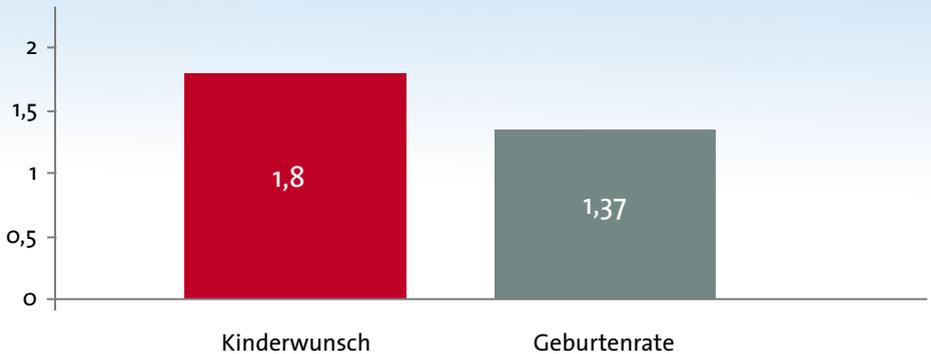
Land	Geförderte und zur Förderung vorgesehene Schulen
Baden-Württemberg	525
Bayern	701
Berlin	351
Brandenburg	278
Bremen	35
Hamburg	130
Hessen	375
Mecklenburg-Vorpommern	153
Niedersachsen	289
Nordrhein-Westfalen	2.433
Rheinland-Pfalz	321
Saarland	240
Sachsen	143
Sachsen-Anhalt	61
Schleswig-Holstein	203
Thüringen	148
<b>Summe</b>	<b>6.386</b>

Quelle: Stand Sept. 2007, BMBF

**DIE HERAUSFORDERUNG: UNERFÜLLTE KINDERWÜNSCHE**

90 Prozent der jungen Menschen wünschen sich ein Leben mit Kindern. Die Familie mit zwei Kindern liegt noch immer stark im Trend. Dennoch entscheiden sich immer mehr Frauen und Männer für ein Leben ohne Kinder, viele von ihnen gut ausgebildet und mit gutem Einkommen. Im Durchschnitt wünschen sich junge Menschen 1,8 Kinder, die Geburtenrate liegt aber deutlich darunter, nämlich bei 1,37 Kindern (Stand 2004).

**KINDERWUNSCH UND WIRKLICHKEIT**



Quelle: BMFSJ, 2005

Viele Kinderwünsche bleiben unerfüllt, weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht gegeben ist. Das Gleiche gilt für die Frauenerwerbstätigkeit: Viele Mütter verzichten auf Erwerbstätigkeit – ohne es zu wollen.

Anders sieht es dort aus, wo die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht wird. Dort sind mehr Frauen erwerbstätig und bekommen mehr Kinder. Die Geburtenrate liegt in Irland bei 1,99, in Frankreich bei 1,9, in Finnland bei 1,8 und in Schweden bei 1,75 Kindern pro Frau (Quelle: DESTATIS, 2004). In den skandinavischen Ländern wird es Frauen und Männern seit langem leichter gemacht, sich für ein Kind zu entscheiden. Der Grund: ein ausreichendes Angebot an Betreuungseinrichtungen und Ganztagschulen.

Ein weiteres Problem: Finanzielle Einbußen, z. B. durch den beruflichen Ausstieg, erschweren die Entscheidung für ein Kind. Die Schweden haben darauf schon vor Jahren eine überzeugende Antwort gefunden: Sie zahlen ein Elterngeld, das eine wirkungsvolle finanzielle Unterstützung für Eltern in der ersten Zeit nach der Geburt darstellt.

*„Wo Frauen keine Angst haben müssen, ihren Arbeitsplatz zu verlieren und in Abhängigkeit von ihrem Mann zu geraten, wo sie nicht fürchten müssen, in ein unerwünschtes Lebensmodell zurückzufallen oder aus einer verunglückten Partnerschaft keinen Ausweg zu finden, wo Väter ermuntert werden, mehr als Feierabend- oder Wochenendpapi zu sein, dort werden mehr Kinder geboren. Und nicht in den Horten der Tradition.“*

Quelle: Spiegel-Special „Sehnsucht nach Familie“, 2007

## **UNSERE LÖSUNG: WAHLFREIHEIT AUCH FÜR ERWERBSTÄTIGE ELTERN**

Ein Baustein für eine bessere Familienpolitik ist das neue Elterngeld. Es gilt seit dem 01.01.2007 und hat das bisherige Erziehungsgeld abgelöst. Damit hat sich unsere Idee durchgesetzt, denn entwickelt wurde das Elterngeld von unserer früheren Familienministerin Renate Schmidt.

Das Elterngeld ist eine Einkommensersatzleistung. Es gibt Eltern die Möglichkeit, sich ohne finanzielle Sorgen Zeit für die Betreuung ihres Kindes zu nehmen. Denn es ersetzt das entfallende Einkommen des Partners oder der/des Alleinerziehenden in Höhe von 67 Prozent, bis maximal 1.800 Euro monatlich. Die Dauer der Zahlung beträgt zwölf Monate, für Alleinerziehende 14 Monate.

## **ELTERNGELD – AUCH SOZIAL GERECHT**

Das Elterngeld ist sozial gerecht ausgestaltet. Ein monatlicher Sockelbetrag von 300 Euro wird sowohl Alleinverdiener-Elternpaaren als auch den Beziehern/-innen von Arbeitslosengeld II gewährt. Bei diesen wird der Sockelbetrag nicht angerechnet, ebenso wie bei Studierenden. Für Spitzenverdiener ist die Einkommensersatzleistung auf maximal 1.800 Euro monatlich begrenzt.

Geringverdiener werden besonders unterstützt. Haben sie ein Einkommen unterhalb von 1.000 Euro, erhöht sich der Prozentsatz des Einkommensersatzes schrittweise von 67 auf bis zu 100 Prozent. Für je 20 Euro, die das Einkommen unter 1.000 Euro liegt, gibt es einen Prozentpunkt mehr. Zum Beispiel: Bei einem Einkommen von 800 Euro (200 Euro unter 1.000 Euro = zehn Prozent) würden 77 Prozent ersetzt, also 616 Euro. Das ist sozial gerecht und die Hilfe kommt an: Von dieser Geringverdienerkomponente profitieren rund 20 Prozent der Familien.



Mehr Geld gibt es auch für Familien mit mehreren Kleinkindern – hier wird das Elterngeld nach dem sogenannten Geschwisterbonus gesondert berechnet. Das Elterngeld für das jüngste Kind wird um zehn Prozent und mindestens um 75 Euro erhöht. Dadurch erhöht sich der Leistungssatz des Elterngeldes auf 73,7 Prozent des zuvor bezogenen Einkommens.

### ELTERNGELD – DAS ORIGINAL GIBT'S NUR BEI UNS!

Das Elterngeld beruht auf einem Konzept der früheren SPD-Familienministerin Renate Schmidt. Auch wenn die Union damals davon nichts wissen wollte, ist es der SPD-Bundestagsfraktion gelungen, dieses Instrument einer modernen Familienpolitik durchzusetzen. Bei der Diskussion um die Partnermonate wurde deutlich, dass die Union ihr traditionelles Familienbild weiter pflegt. Auch die Nichtanrechenbarkeit des Elterngeldes auf das Arbeitslosengeld II haben wir in den Verhandlungen durchgesetzt.

Für mehr Informationen zum Elterngeld kann unser Faltblatt „Moderne Familienpolitik – das Elterngeld fördert Familien“ angefordert werden. Mehr zu den Partnermonaten finden Sie ab Seite 17 unter: „Aktive Väter – aktive Partner“

### RECHTSANSPRUCH AUF KINDERBETREUUNG

Mit dem von uns durchgesetzten Rechtsanspruch geben wir den Eltern Sicherheit und die Garantie, tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Ab dem Kindergartenjahr 2013/2014 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr das Recht auf einen Betreuungsplatz. Länder und Kommunen fangen – mit finanzieller Unterstützung des Bundes – jetzt schon an, ihr Angebot auszubauen, damit sie ab 2013 den Rechtsanspruch erfüllen können.

## DIE KINDERTAGESPFLEGE

Vor allem in den alten Bundesländern ist ein flexibler und bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuung bis 2010 ohne Tagesmütter oder -väter nicht realisierbar. Denn Tagespflege ist ein flexibles Angebot, auf das vor allem Eltern mit kleinen Kindern gern zurückgreifen.

Die öffentlich finanzierte Kindertagespflege und die Qualifizierung des Personals waren in vielen Ländern nicht gesetzlich geregelt. Das hat die SPD-Bundestagsfraktion geändert. Wir setzen auf eine fundierte Qualifizierung. Tagesmütter und -väter sollen nicht nur ordentlich entlohnt, sondern auch sozial abgesichert sein. Die Jugendämter übernehmen seit dem 01.01.2005 die Kosten für eine Unfallversicherung sowie die Hälfte der Kosten für eine angemessene Alterssicherung.

Unser Ziel ist, auf diesem Weg weiter voranzukommen. Die bessere soziale Absicherung von Tagespflegepersonen sowie die weitere Qualifizierung stehen ganz oben auf unserer Tagesordnung.

## AUSBAU GANZTAGSSCHULEN

Mit dem beschlossenen Ausbau der Kinderbetreuung kommen wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen Riesenschritt voran. Und damit die Sicherheit für Eltern, Familie und Beruf miteinander vereinbaren zu können, nicht mit der Einschulung endet, setzen wir auf Ganztagschulen.

Mehr Informationen finden Sie ab Seite 11 unter:  
„Ganztagschulen: den ganzen Tag gemeinsam lernen und Spaß haben“

Respekt für die Entscheidungen aller Eltern

Es ist nicht Aufgabe der Politik, ein bestimmtes Lebensmodell vorzuschreiben. Es ist aber Aufgabe der Politik, Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Eltern so leben können, wie sie wollen. Und die allermeisten wollen Beruf und Familie vereinbaren. Dafür schaffen wir die Voraussetzungen.

Selbstverständlich haben aber auch die Eltern, die sich dafür entscheiden, ihre Kinder zu Hause zu erziehen, unsere volle Anerkennung. Diese Eltern leisten wertvolle Erziehungsarbeit und verdienen unseren ganzen Respekt.

**DIE HERAUSFORDERUNG: KINDERBETREUUNG IST IMMER NOCH „FRAUENSACHE“**

Kinder brauchen nicht nur ihre Mutter, sondern auch ihren Vater. Gerade für Jungen ist es ganz wichtig, in einem aktiven Vater ein positives Rollenvorbild zu finden. Außerdem werden immer mehr Ehen geschieden. Viele Beziehungen halten den Alltagsbelastungen nicht stand, die Frauen fühlen sich oft mit der Familienarbeit alleingelassen.

**UNSERE LÖSUNG: NEUE WEGE FÜR AKTIVE VÄTER UND PARTNER**

Das Elterngeld ist auch ein Angebot an Väter. Dafür sorgen die Partnermonate, die nur gewährt werden, wenn auch der zweite Partner Elternzeit für sich in Anspruch nimmt. Dank des Elterngeldes ist es jetzt für Väter auch finanziell attraktiver, sich eine Auszeit vom Beruf zu nehmen, um nur für ihre Familie da zu sein.

Die Zahlen beweisen: Das Elterngeld wirkt! Mittlerweile stellen 8,5 Prozent aller Väter Antrag auf Elternzeit, beim früheren Erziehungsgeld waren es nur 3,5 Prozent. Gefragt sind auch die Unternehmen. In den Chefetagen muss ein Umdenken stattfinden. Ein Vater, der einen Antrag auf Elternzeit stellt, verdient Unterstützung und Anerkennung – und nicht ein mitleidiges Lächeln!

Mehr Informationen finden Sie auf Seite 18/19 unter:  
„Mehr Zeit füreinander“ und „Eine familienfreundliche Arbeitswelt“



**DIE HERAUSFORDERUNG: FAMILIE KOMMT OFT ZU KURZ**

Eltern brauchen Zeit für ihre Kinder. Besonders in den ersten Lebensjahren verlangen Kinder viel Aufmerksamkeit.

**UNSERE LÖSUNG: MEHR SPIELRAUM FÜR ELTERN**

Mit dem Elterngeld geben wir Eltern die Sicherheit, im ersten Lebensjahr ohne finanzielle Sorgen ganz für ihr Kind da sein zu können.

Und: Wir haben den „Erziehungsurlaub“ zu einer flexiblen Elternzeit umgestaltet. Mütter und Väter können gemeinsam bis zu drei Jahre in Elternzeit gehen, gleichzeitig eine Teilzeittätigkeit ausüben oder sich untereinander bei Erziehung und Erwerbsarbeit abwechseln.

Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion auch einen Rechtsanspruch auf Teilzeit im Rahmen von 15 bis 30 Wochenstunden eingeführt. Dieser Anspruch besteht in allen Betrieben mit mehr als 15 Beschäftigten. Lediglich dringende betriebliche Gründe können den Anspruch auf Verringerung der Arbeitszeit verhindern. Nun ist auch der Rückkehranspruch zur früheren Arbeitszeit nach Ende der Erziehungszeit gesetzlich festgeschrieben.

Ein Jahr der Erziehungszeit kann mit Zustimmung des Arbeitgebers übertragen und zwischen dem dritten und achten Geburtstag des Kindes in Anspruch genommen werden. Denn auch zu Beginn der Schulzeit ist es häufig notwendig, Kindern intensiver zur Seite zu stehen, damit der Schulstart erfolgreich gemeistert werden kann.

Für Väter erleichtert der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit die Beteiligung an der Erziehung, Frauen haben nun die Möglichkeit, durch Teilzeitarbeit den Kontakt zum Beruf aufrechtzuerhalten. Damit haben wir den Wünschen vieler junger Eltern entsprochen und kommen auch den Betrieben entgegen, denn sie brauchen nicht für längere Zeit auf ihre motivierten und bewährten Fachkräfte zu verzichten.

Die Politik hat ihre Hausaufgaben gemacht. Nun sind die Unternehmen in der Pflicht: Sie müssen für familienfreundliche Arbeitsbedingungen sorgen.

Mehr Informationen finden Sie ab Seite 17 unter:  
„Aktive Väter – aktive Partner“ und „Eine familienfreundliche Arbeitswelt“

### **DIE HERAUSFORDERUNG: VEREINBARKEIT VON ARBEIT UND FAMILIE**

Für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf reicht es nicht, nur KiTas und Ganztagschulen auszubauen. Auch die Gestaltung der Arbeitswelt ist dafür entscheidend. Eltern dürfen nicht in die Mühlen zwischen Anforderungen des Arbeitgebers und Bedürfnissen ihrer Kinder geraten. Genau dies ist heute noch oft der Fall. Die Unternehmen sind auf qualifizierte und motivierte Mitarbeiter/-innen angewiesen. Sie können es sich nicht mehr leisten, auf gut ausgebildete Frauen (und Männer) nach der Elternphase zu verzichten.

### **UNSERE LÖSUNG: ALLIANZEN SCHMIEDEN FÜR FAMILIEN**

Unter dem Dach der „Allianz für die Familie“ hat die damalige SPD-Familienministerin Renate Schmidt im Jahr 2003 Initiativen gebündelt, damit eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt gelingt. Starke Partner aus Wirtschaft, Verbänden und Politik setzen sich öffentlich und beispielhaft für eine neue Unternehmenskultur und Gestaltung der Arbeitswelt ein. Die „Allianz für die Familie“ basiert auf dem Konsens, dass unsere Gesellschaft mehr Kinder, unsere Wirtschaft qualifizierte Arbeitskräfte und unsere Kinder eine frühe Förderung brauchen. Die familienfreundliche Arbeitswelt liegt im Trend. Dass sich ein Mentalitätswandel vollzieht, zeigt das Projekt „Erfolgsfaktor Familie. Unternehmen gewinnen“. Das Unternehmensnetzwerk, bisher 850 Betriebe, gibt Informationen über familienbewusste Personalpolitik. Die Palette an familienfreundlichen Maßnahmen reicht von der flexiblen Arbeitszeitgestaltung über Eltern-Kind-Büros bis zur Notfallbetreuung. Auch das zunehmende Interesse von Unternehmen am „Audit Beruf und Familie“ der gemeinnützigen Hertie-Stiftung zeigt das Interesse der Unternehmen an dem Thema.

*All politics is local* – über die Lebensbedingungen einer Familie entscheidet die Situation vor Ort. Deshalb hat Renate Schmidt die bundesweite Initiative „Lokale Bündnisse für Familie“ ins Leben gerufen. Dort engagieren sich Politik und Unternehmen, Verbände und Gewerkschaften, Kirchen und soziale Einrichtungen für mehr Familienfreundlichkeit vor Ort. Dabei geht es z. B. um die erfolgreiche Vermittlung von Tagesmüttern, die Einführung familienfreundlicher Öffnungszeiten oder andere Angebote für Familien. Mittlerweile gibt es 430 Bündnisse in ganz Deutschland, mit denen rund 40 Millionen Menschen erreicht werden.

Die Allianz und die lokalen Bündnisse werden fortgesetzt – dafür haben wir in den Koalitionsverhandlungen gesorgt.

**DIE HERAUSFORDERUNG: KINDER KOSTEN GELD**

Kinder bereichern das Leben, kosten aber auch Geld. Geld für Windeln, Lebensmittel, Kleidung, Freizeitaktivitäten, Spielzeug usw. Dazu kommen Kosten für Betreuungseinrichtungen, Schulbücher, Sport, Hobbys und vieles mehr. Deshalb brauchen Familien auch materielle Unterstützung.

**UNSERE LÖSUNG: MEHR UND ZIELGENAUE FAMILIENFÖRDERUNG**

Deshalb haben wir in den letzten Jahren auch die finanziellen Leistungen für Familien deutlich verbessert – zuletzt durch das Elterngeld.

- **Mehr Kindergeld:** Eine der ersten Maßnahmen sozialdemokratischer Familienpolitik war deshalb die schrittweise Erhöhung des Kindergeldes von damals 112 Euro auf jetzt 154 Euro im Monat für das erste und zweite Kind. Das ist eine Erhöhung von 37 Prozent. Allein dadurch hat eine Familie mit zwei Kindern 1.008 Euro pro Jahr mehr zur Verfügung als 1998.
- **Weniger Steuern:** Seit 2005 zahlt eine Familie mit zwei Kindern bis zu einem Bruttoeinkommen von 37.650 Euro – unter Berücksichtigung des Kindergeldes – keine Steuern mehr.
- **Hilfe für Alleinerziehende:** Seit dem 01.01.2004 sichert ein neuer steuerlicher Freibetrag eine dauerhafte Entlastung für Alleinerziehende. Der Entlastungsbetrag für Alleinerziehende in Höhe von 1.308 Euro gilt für Mütter oder Väter, die mit ihrem Kind oder ihren Kindern allein in einem Haushalt leben. Mit diesem neuen Entlastungsbetrag, den Kindergelderhöhungen und einem neuen Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung werden die Belastungen weitgehend ausgeglichen, die den Alleinerziehenden durch den Wegfall des verfassungswidrigen Haushaltsfreibetrags entstanden sind.
- **Bessere steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten:** Seit dem 01.01.2006 können Alleinerziehende und Paare, bei denen beide Partner erwerbstätig sind, ihre Kinderbetreuungskosten vom ersten Euro an bis zu zwei Dritteln und bis zu einem Maximalbetrag von 4.000 Euro pro Kind steuerlich geltend machen. Dies gilt für Kinder vom ersten bis zum 14. Lebensjahr. Für Alleinverdienereltern trifft diese Regelung bei Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren zu.



- Wir haben das BAföG deutlich erhöht und werden es im Jahr 2008 erneut anheben.

Mehr Informationen finden Sie ab Seite 24 unter: „Ein guter Start ins Berufsleben“

- Weitere haushaltsnahe Dienstleistungen, zum Beispiel Ausgaben für eine Raumpflegerin, können steuerlich geltend gemacht werden.

## **DAS KIND STEHT IM MITTELPUNKT – AUCH BEI TRENNUNG UND SCHEIDUNG**

Kinder sind bei einer Trennung ihrer Eltern besonders schutzbedürftig, deshalb soll ihr Wohl an erster Stelle stehen. Wir werden das Unterhaltsrecht entsprechend der veränderten Lebenswirklichkeit in den heutigen Familien reformieren.

Ist nicht genügend Geld für alle Unterhaltsberechtigten vorhanden, sollen die Kinder den ersten Rang unter den Unterhaltsgläubigern erhalten. Erst danach kommen die Ansprüche der Mütter und Väter, die Kinder betreuen – und zwar unabhängig davon, ob das Paar verheiratet war oder nicht. Das Ziel: weniger minderjährige Sozialhilfeempfänger/-innen. Der Mindestunterhalt minderjähriger Kinder soll in Anlehnung an den steuerlichen Kinderfreibetrag gesetzlich definiert werden.

**DIE HERAUSFORDERUNG: ARME KINDER IN EINEM REICHEN DEUTSCHLAND**

Eigene Erwerbstätigkeit ist der beste Schutz gegen Armut. Weil die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unzureichend ist, müssen viele Eltern und Alleinerziehende auf einen Job verzichten. So ist es für sie unmöglich, selbst und eigenständig für sich zu sorgen.

Die Sozialforschung weist nach, dass Kinder von berufstätigen Eltern weitaus seltener von Armut bedroht werden als Kinder aus Alleinverdienerfamilien. Besonders benachteiligt sind Alleinerziehende, von denen 85 Prozent Frauen sind. Ihr Armutsrisiko ist rund sechsmal so hoch wie im allgemeinen Durchschnitt. Die Zahl der Kinder, die mit nur einem Elternteil aufwachsen, ist in den vergangenen 40 Jahren kontinuierlich gestiegen – dadurch erhält diese Problematik eine zusätzliche Brisanz.

Hauptgrund: Gerade Alleinerziehende können aufgrund fehlender Betreuungseinrichtungen keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Es gibt Fälle, in denen alleinerziehende Mütter oder Väter Arbeitsangebote ablehnen müssen, weil sie keine Betreuungsmöglichkeiten für ihre Kinder finden.

Wer Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe erhält, bekommt zwar das Lebensnotwendige, ist aber oft arm an Chancen. Das bedeutet für die Kinder geringere Chancen auf gute Bildung, gesunde Ernährung und Teilhabe. Deshalb müssen wir die Eltern dieser Kinder wieder in Arbeit bringen, und zwar in eine, die so bezahlt wird, dass die Familie davon leben kann.

**UNSERE LÖSUNG: ARBEITS- UND BILDUNGSCHANCEN SOWIE KINDERZUSCHLAG**

Der Ausbau der Kinderbetreuung und der Ganztagschulen ist ein wirkungsvolles Mittel gegen Kinderarmut: Arbeit zu haben ist die beste Hilfe zur Selbsthilfe. Die Erfolge am Arbeitsmarkt – rund eine Million Arbeitslose weniger als 2005 – müssen verstetigt werden. Damit Eltern die angebotene Arbeit auch annehmen können, brauchen wir ein ordentliches Kinderbetreuungsangebot.

Außerdem erhalten Kinder mit dem Ausbau der Betreuung bessere Bildungschancen. In KiTas und Ganztagschulen können durch das Elternhaus bedingte Defizite besser ausgeglichen werden.

Der von uns entwickelte und 2005 eingeführte Kinderzuschlag ist eine gezielte finanzielle Hilfe im Kampf gegen Kinderarmut. Denn er unterstützt genau diejenigen Eltern, die aus eigener Kraft genügend für ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen, nicht aber für den ihrer Kinder.

Mit dem Kinderzuschlag wird vermieden, dass ganze Familien in den Arbeitslosengeld-II-Bezug kommen, nur weil die Eltern aus eigener Anstrengung nicht genügend für alle Familienmitglieder erwirtschaften können. Die Empfänger/-innen erhalten einen Anreiz, ihre Erwerbstätigkeit aufrechtzuerhalten oder sogar auszuweiten. So wird verhindert, dass die Geburt von Kindern für einkommensschwache Familien zum Einstieg in eine – oft dauerhafte – Armutskarriere wird.

Der Kinderzuschlag kommt vor allem kinderreichen Familien zugute. Mit ihm haben wir im Jahr 2006 124.000 Kinder und ihre Eltern erreicht. Wir werden ihn deshalb – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – weiterentwickeln mit dem Ziel, ihn flexibler und unbürokratischer zu gestalten und rund eine halbe Million Kinder und ihre Eltern vor Armut zu schützen.



### **DIE HERAUSFORDERUNG: STEIGENDE ANFORDERUNGEN AM ARBEITSMARKT**

Jeder junge Mensch braucht die Chance auf eine gute berufliche Qualifizierung in Ausbildung oder Studium, um möglichst optimale Startvoraussetzungen für den Einstieg ins Berufsleben zu haben. Experten sind sich einig: Die Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Qualifikation der Arbeitnehmer/-innen nehmen immer mehr zu. Die Nachfrage nach hoch qualifizierten Erwerbstätigen steigt, die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften sinkt. Bereits heute haben gut ausgebildete Menschen ein viel geringeres Risiko, arbeitslos zu werden: Ohne Berufsabschluss ist das Arbeitslosigkeitsrisiko sechsmal größer als bei Hochschulabsolventen. Dieser Trend wird sich in Zukunft weiter verstärken: Mehr denn je werden die Berufschancen der Menschen von ihrer Qualifikation abhängen.

In den kommenden Jahren werden in Deutschland die vorerst letzten geburtenstarken Jahrgänge die allgemeinbildenden Schulen verlassen, die Nachfrage nach Ausbildungs- und Studienplätzen wird noch einmal ansteigen. Die Herausforderung besteht darin, all diesen Jugendlichen Bildungsangebote zu machen, die Chancengleichheit zu verbessern und das berufliche Bildungsniveau insgesamt weiter zu erhöhen.

### **UNSERE LÖSUNG: STÄRKUNG VON AUSBILDUNG UND STUDIUM**

Die SPD-Bundestagsfraktion hat diese Herausforderungen angenommen und sich in der Bildungspolitik klar auf das Ziel konzentriert, allen Jugendlichen eine Berufsausbildung oder ein Hochschulstudium zu ermöglichen. Mit dem Ausbildungspakt haben wir neue Bewegung in den Ausbildungsmarkt gebracht. Mit dem Hochschulpakt 2020 sorgen wir für einen Ausbau der Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen. Mit dem BAföG tragen wir dazu bei, dass die Aufnahme eines Studiums nicht an finanziellen Hürden scheitert.

### **AUSBILDUNGSPLÄTZE FÜR EINEN GUTEN START INS BERUFSLEBEN**

Wir wollen, dass jeder ausbildungswillige Jugendliche die Chance auf eine gute Berufsausbildung erhält. Das System der dualen Berufsausbildung in Deutschland ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte, hat sich über Jahrzehnte bewährt und ist international anerkannt. Damit das so bleibt, sorgen wir seit 1998 dafür, das Berufsbildungssystem kontinuierlich an neue Entwicklungen anzupassen, benachteiligte Jugendliche gezielt zu fördern und die Lage am Ausbildungsstellenmarkt zu verbessern. Vieles haben wir für die jungen Menschen bereits erreicht. So haben wir in den vergangenen Jahren die politischen Rahmenbedingungen für die berufliche Ausbildung laufend verbessert

und seit 1999 den größten Modernisierungsschub bei den Ausbildungsberufen seit drei Jahrzehnten in Angriff genommen. Wir haben das Berufsbildungsgesetz reformiert und umfassende Programme zur Ausbildungsförderung aufgelegt. Und wir haben mit dem Ausbildungspakt für mehr Ausbildungsplätze gesorgt.

## DER AUSBILDUNGSPAKT

Der Ausbildungspakt wurde im Juni 2004 von der SPD-geführten Bundesregierung und den Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft für eine Dauer von drei Jahren vereinbart. Die Wirtschaft verpflichtete sich, jährlich 30.000 neue Ausbildungsplätze einzuwerben und 25.000 Praktikumsplätze zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) zur Verfügung zu stellen, die von der Bundesregierung finanziell gefördert werden.

Die Bilanz nach drei Jahren Ausbildungspakt hat gezeigt: Der Pakt greift. Er kann nicht alle Probleme lösen, aber er hat zu einer neuen Dynamik beim Lehrstellenangebot geführt. Die Paktpartner erfüllen ihre Zusagen nicht nur, sie übertreffen sie sogar deutlich. Im dritten Paktjahr 2006 ist die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge um 4,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf über 576.000 gestiegen. 2007 fällt die Bilanz noch positiver aus. Erneut gibt es einen deutlichen Zuwachs an Ausbildungsplätzen. Auch das EQJ-Programm hat sich als erfolgreiche Brücke für benachteiligte Jugendliche in eine betriebliche Ausbildung erwiesen: 70 Prozent der Praktikanten/-innen erhalten im Anschluß einen Ausbildungsplatz.

Im März 2007 haben die Paktpartner den Ausbildungspakt weiterentwickelt und um drei Jahre verlängert. Die Wirtschaft hat ihre Zusage zur Schaffung von Ausbildungsplätzen auf 60.000 neue Lehrstellen pro Jahr verdoppelt und zugesagt, künftig 30.000 neue Ausbildungsbetriebe pro Jahr zu gewinnen. Die Bundesregierung hatte das EQJ-Programm bereits Ende 2006 auf 40.000 Plätze aufgestockt.

## GERECHTE BILDUNGSCHANCEN DURCH EIN GEBÜHRENFREIES ERSTSTUDIUM UND EIN LEISTUNGSFÄHIGES BAFÖG

Auch an der Hochschule entscheidet die soziale Herkunft immer noch über die Bildungschancen. Nach wie vor haben Jugendliche aus sozial schwachen oder bildungsfernen Familien geringere Chancen zu studieren. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Hochschulpolitik daher konsequent auf das Ziel ausgerichtet, möglichst vielen jungen Menschen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Studium zu ermöglichen. Für uns stellt das BAföG ein unverzichtbares Instrument sozial gerechter Bildungspolitik dar. Es gleicht soziale Unterschiede aus und hilft, die Chancengleichheit für alle bei der Aufnahme eines Studiums zu verbessern. Unionsgeführte Länder führen Studiengebühren ein. Für uns steht aber fest: Studiengebühren auf das Erststudium sind sozial ungerecht und führen bildungspolitisch in die Sackgasse. Wir setzen uns stattdessen für ein leistungsfähiges BAföG ein, weil ein Studium nicht an finanziellen Hürden scheitern darf. Daher haben wir bereits in der von Gerhard Schröder geführten

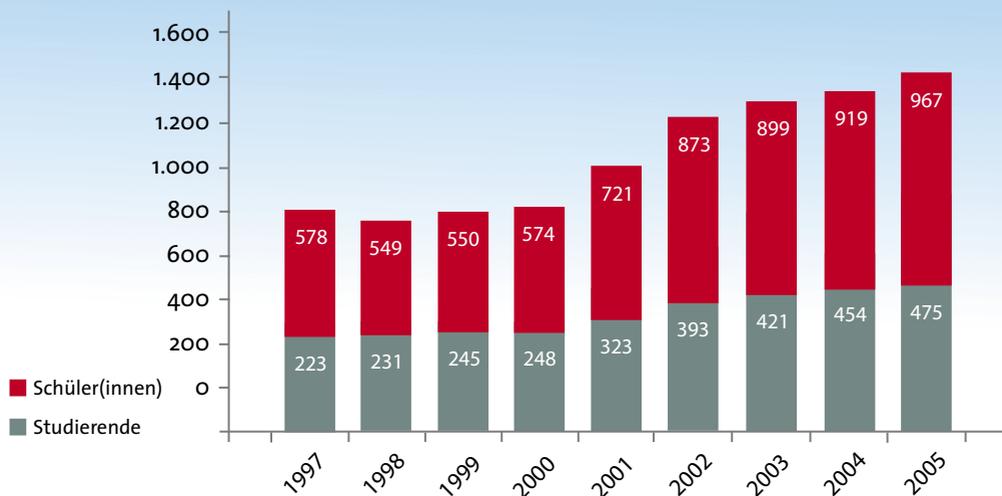
Regierung den Raubbau am BAföG aus der Zeit vor 1998 gestoppt und es wieder zu einem attraktiven, effektiven und sozial gerechten Instrument der Bildungsfinanzierung gemacht. Nachdem die Regierung Kohl das BAföG auf einen historischen Tiefstand von 780 Millionen Euro im Jahr 1998 heruntergewirtschaftet hatte, haben wir die Mittel des Bundes bis 2005 auf knapp 1,5 Milliarden Euro erhöht – also fast verdoppelt.

### BAFÖG-EMPFÄNGER/-INNEN (IN TAUSEND)



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2007

### BAFÖG-AUSGABEN DES BUNDES (INKL. DARLEHNSANTEIL IN MILLIONEN EURO)



Quelle: 17. BAföG-Bericht der Bundesregierung, 2007

Derzeit bereiten wir weitere Verbesserungen vor. So werden wir junge Eltern noch besser unterstützen und die Förderung von Migrant\*innen ausweiten. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass das BAföG ab 2008 erneut deutlich angehoben wird.

## POLITIK FÜR MEHR STUDIENPLÄTZE: DER HOCHSCHULPAKT 2020

Mit dem im Juni 2007 unterzeichneten Hochschulpakt 2020 von Bund und Ländern leisten wir einen wichtigen Beitrag zum dringend notwendigen Ausbau der Studienkapazitäten an den Hochschulen in Deutschland. Rund 1,27 Milliarden Euro wird der Bund im Rahmen des Hochschulpakts bis 2010 investieren. Damit unterstützen wir die Aufnahme von über 90.000 zusätzlichen Studienanfänger\*innen. In der zweiten Säule des Hochschulpakts stärken wir die universitäre Forschung.

Dass der Bund im Hochschulpakt überhaupt in die Lehre an den Hochschulen investiert, ist dem Engagement der SPD-Bundestagsfraktion zu verdanken. In der Debatte um die Föderalismusreform haben wir durchgesetzt, dass sich der Bund weiterhin am Ausbau von Lehrkapazitäten an den Hochschulen beteiligen kann. Ohne unser Drängen wäre der Hochschulpakt in dieser Form nicht möglich gewesen. Außerdem haben wir gegenüber der Bundesbildungsministerin durchgesetzt, dass der Bund mit dem Hochschulpakt nicht nur die Forschung an Hochschulen fördert, sondern auch in die Studienkapazitäten investiert. Der SPD ist es zu verdanken, dass der Hochschulpakt nun auf zwei Beinen steht: der Förderung von Forschung und Lehre. Dank unserem Einsatz werden bis 2010 rund 565 Millionen Euro vom Bund direkt in die Lehre an den Hochschulen fließen und den Studierenden zugutekommen.

Nun liegt es an den Ländern, die Unterstützung des Bundes zu nutzen, um die Studienkapazitäten tatsächlich spürbar auszubauen und die Studienbedingungen zu verbessern. Ziel muss es sein, allen studierwilligen jungen Menschen die Chance auf eine hochwertige akademische Ausbildung zu geben.

## **DIE HERAUSFORDERUNG: ZU VIELE JUNGE MENSCHEN OHNE ABSCHLUSS**

Jahr für Jahr gehen neun Prozent aller Jugendlichen in Deutschland ohne Abschluss von der Schule. Das sind jährlich rund 85.000 junge Menschen. Fehlende Schulabschlüsse gehören zu den Hauptgründen für Jugendarbeitslosigkeit, rund 15 Prozent der jungen Erwachsenen zwischen 20 und 29 Jahren haben keinen Berufsabschluss. Damit können wir uns nicht abfinden.

Die Hauptverantwortung liegt bei den Ländern, Schulpolitik ist ausschließlich ihre Kompetenz. Die SPD-Bundestagsfraktion will, dass der Bund im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Möglichkeiten seinen Beitrag dazu leistet, die Chancen von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern und jungen Menschen ohne Schul- oder Berufsabschluss zu einer zweiten Chance zu verhelfen. Jeder junge Erwachsene braucht die Chance, einen Abschluss nachzuholen. Kein junger Mensch soll länger als drei Monate arbeitslos sein.

## **UNSERE LÖSUNG: FÖRDERUNG NACHHOLENDER QUALIFIZIERUNG**

### **FÖRDERUNG VON AUSBILDUNG UND BERUFVORBEREITUNG**

Die Bundesregierung hat ihre Fördermaßnahmen für Ausbildung und Berufsvorbereitung intensiviert. Bundesregierung und Bundesagentur für Arbeit (BA) fördern jährlich mehrere zehntausend außerbetriebliche Ausbildungsplätze. Allein im Jahr 2006 wurden rund 376.000 Jugendliche mit 3,4 Milliarden Euro beim Übergang in eine Ausbildung unterstützt. Mit dem Programm „Jobstarter“ fördert die Bundesregierung zusätzliche Ausbildungsplätze. Es wurde um 25 Millionen Euro auf 125 Millionen Euro bis 2010 aufgestockt. Im neuen Ausbildungspakt hat die Bundesregierung außerdem zugesagt, die Berufsorientierung an den Schulen zu stärken, die Förderung von jungen Migranten/-innen zu intensivieren und ein neues Förderprogramm zur passgenauen Vermittlung Auszubildender an kleine und mittlere Unternehmen aufzulegen.

### **QUALIFIZIERUNGSPAKET FÜR JUNGE MENSCHEN**

Zu diesen Maßnahmen hat die Koalition auf Initiative der SPD-Bundestagsfraktion im Juni 2007 ein Qualifizierungspaket für junge Menschen auf den Weg gebracht. Ziel ist es, vor allem schwer vermittelbaren Jugendlichen noch besser unter die Arme zu greifen. Zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Altbewerber/-innen sollen durch finanzielle Hilfen der BA gefördert werden.

Außerdem wollen wir die Berufsberatung der BA verstärken und den Einsatz von Paten zur individuellen Begleitung leistungsschwächerer Schüler/-innen fördern.

Wir haben neue Instrumente geschaffen, um die berufliche Eingliederung und Nachqualifizierung von jungen Arbeitslosen zu verbessern. Arbeitsuchende unter 25 Jahren ohne Berufsabschluss, die seit mindestens sechs Monaten arbeitslos sind, können nun ein Jahr lang durch einen sogenannten Qualifizierungszuschuss gefördert werden. Damit bringen wir sie in Beschäftigung und geben ihnen Perspektiven für das Nachholen eines Berufsabschlusses. Auch die berufliche Eingliederung junger Langzeitarbeitsloser mit Berufsabschluss kann durch einen Zuschuss zum Arbeitsentgelt gefördert werden.

Für den Erfolg dieser Vorhaben brauchen wir das Engagement und die Kooperationsbereitschaft der Wirtschaft. Nur dann kann das Ziel erreicht werden, die Berufs- und Qualifizierungschancen benachteiligter junger Menschen zu erhöhen.

## ZWEITE CHANCE FÜR SCHULVERWEIGERER

Mit dem Modellprogramm „Schulverweigerung – Die 2. Chance“ leistet die Bundesregierung einen Beitrag für weniger Schulabbrecher/-innen. Ziel des Programms ist es, Schulschwänzer wieder in das Schulleben zu integrieren. Nur so haben sie eine Chance auf einen Schulabschluss.

An 78 Standorten im gesamten Bundesgebiet werden seit 01.09 2006 lokale Projekte gefördert. In der ersten Phase sollen auf diese Weise rund 1.000 junge Menschen in den Schulalltag zurückfinden. Wir setzen uns dafür ein, dass das Projekt bis 2013 verlängert wird.

Wichtig ist, dass auch die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden und geeignete Maßnahmen ergreifen, um die Zahl der Schulabbrecher/-innen deutlich zu reduzieren.



### **DIE HERAUSFORDERUNG: ÜBERFORDERTE ELTERN**

In den ersten Lebensjahren eines Kindes werden bereits die Grundlagen für seine weitere Entwicklung gelegt. Kinder brauchen starke Eltern, die sie von Anfang an fördern. Die meisten Eltern sind hierzu bestens in der Lage. Doch es gibt auch Eltern, die mit ihrer Erziehungsverantwortung überfordert sind – mit oft schwerwiegenden Folgen. Kinder aus solchen belasteten Familien müssen den besten Schutz erhalten.

### **UNSERE LÖSUNG: STARKE NETZWERKE FÜR FAMILIEN!**

Wer starke Kinder will, muss zuerst die Eltern stark machen. Aufgabe einer vernetzten Kinder- und Familienpolitik ist es, die Erziehungs- und Bildungskompetenz von Eltern zu entwickeln.

Beispiel: frühe Hilfen

Einen erfolgreichen Weg geht die Stadt Dormagen. Nach der Geburt eines Kindes machen Sozialarbeiter/-innen dort grundsätzlich einen Hausbesuch. Sie überreichen ein Baby-Begrüßungspaket, bieten Hilfe an, nennen Betreuungsangebote, schauen aber auch nach dem Rechten. Selbst Wohlhabende bekommen dort Besuch vom Sozialdienst – ein hervorragendes Beispiel für frühe, präventive und diskriminierungsfreie Hilfe, die in allen Kommunen angeboten werden sollte.

Beispiel: Erziehungs- und Bildungspartnerschaften

Erfolgreich arbeiten auch die Eltern-Kind-Zentren in unserem Land. Das Konzept ist einfach und doch revolutionär. Im Mittelpunkt steht das Kind mit all seinen Potenzialen. Es in seiner Entwicklung zu fördern, daran arbeiten Eltern und Erzieher/-innen gemeinsam. Dabei erhalten die Eltern Unterstützung, sie bekommen z. B. Tipps für die richtige Ernährung oder das tägliche Vorlesen. Sie werden angeleitet, über tägliche Gespräche und gemeinsame Mahlzeiten stabile Beziehungen zu ihren Kindern aufzubauen. So entwickeln sich Kindertagesstätten weiter zu Familientreffpunkten. Und Familien werden zu starken Netzwerken für Kinder.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen KiTas flächendeckend zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln. Damit wollen wir in den sozialen Brennpunkten beginnen.

### **KINDER BRAUCHEN AUCH STARKE RECHTE ...**

Deshalb setzen wir uns für die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz ein. Damit können wir die Lebensbedingungen der Kinder weiter verbessern und ihr Wohl noch besser schützen.

**DIE HERAUSFORDERUNG: IHR KIND WÄCHST ...**

**UNSERE LÖSUNG: ... UNSERE HILFEN WACHSEN MIT**

Wir machen Politik für alle Familien – mit großen und mit kleinen Kindern! Der Siebte Familienbericht der Bundesregierung empfiehlt uns, Leistungen und Unterstützung für Familien am Lebenslauf eines Kindes zu orientieren. Genau das haben wir gemacht!

Geburt	Elterngeld und frühe Hilfen
1 bis 5 Jahre	Rechtsanspruch auf Bildung und Betreuung
6 bis 16 Jahre	Ganztagsschulen
16 bis 18 Jahre	Übergang Schule–Beruf verbessern
18 bis 24 Jahre	Bessere Studienbedingungen, BAföG, zweite und dritte Chancen



